

KOREA

STEFAN SAMSE
HYEKYUNG LEE

Mai 2017

www.kas.de/korea

„Auf null gestellt“ – Politischer Neuanfang nach dem Machtwechsel in Südkorea

Auf die sonst übliche rund zweimonatige Übergangsphase zwischen Wahltag und Amtsübernahme musste der frisch gewählte Präsident Moon Jae-in verzichten. Seine Vorgängerin, die die Amtsgeschäfte hätte führen können, war schlichtweg nicht mehr da. Seit Park Geun-Hye im März ihres Amtes enthoben worden war, war der Posten an der Spitze des Staates vakant. Schon in den Monaten zuvor, seit Bekanntwerden der Korruptionsvorwürfe gegen seine Vorgängerin, lag der Skandal wie ein bleierner Ballast auf Präsidentialadministration und Regierung. Moon Jae-in trat also bereits am Tag nach der Wahl sein Amt an.

Aus den Wahlen am 9. Mai 2017 war der ehemalige Menschenrechtsanwalt von der progressiven Demokratischen Partei bei einer Wahlbeteiligung von 77 Prozent mit gut 41 Prozent der Stimmen als Sieger hervorgegangen. Damit enden jetzt fast zehn Jahre konservative Regierungszeit in Korea. Zahlreiche Beobachter werten die Wahl Moons als Zäsur.

Der konservative Hong Jun-pyo von der bisherigen Regierungspartei kam auf knapp 25 Prozent und der ehemalige Software-Unternehmer Ahn Cheol-soo von der zentristischen People's Party auf 21 Prozent der Stimmen. Andere Kandidaten kleinerer Parteien lagen abgeschlagen im einstelligen Prozentbereich.

Ein Präsident mit bewegter Geschichte: Vom Menschenrechtsanwalt zum Präsidenten



In Südkorea ist Moons Gesicht auf den Wahlplakaten wohlbekannt. Bereits 2012 bei der letzten Präsidentenwahl in Südkorea war er Spitzenkandidat seiner Partei, musste sich damals allerdings als Zweitplatzierte knapp der nun in Untersuchungshaft sitzenden ehemaligen Präsidentin Park Geun-hye geschlagen geben.

Quelle: © Republic of Korea / Jeon Han / Flickr / CC BY-SA 2.0

Moon kann einige Erfahrung mit Regierungsgeschäften und in politischen Funktionen vorweisen. Als Stabschef im Präsidentialamt war er bis 2008 rechte Hand und Berater des früheren Präsidenten Roh Moo Hyun. Für Roh handelte Moon auch eine Zusammenkunft mit dem damaligen Führer Nordkoreas, Kim Jong-il, aus.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOREA
STEFAN SAMSE
HYEKYUNG LEE

Mai 2017

www.kas.de/korea

Auch Moons persönliche Vita ist eng mit der Geschichte Koreas und der Teilung des Landes verbunden. Moons Eltern flohen während des Korea-Krieges aus dem Norden. Geboren 1953, wuchs er im Süden des Landes in eher ärmlichen Verhältnissen auf. Sein Vater arbeitete nach der Flucht in einem Kriegsgefangenenlager auf der Insel Geojo. Während seiner Studienzeit in Busan organisierte Moon den studentischen Widerstand gegen die autokratische Regierung von Park Geun-hyes Vater Park Chung-hee. Wegen seiner Beteiligung an den Protesten wurde Moon verhaftet, von der Universität verwiesen und zum Militärdienst an der Grenze zu Nordkorea verpflichtet. Später als Menschenrechtsanwalt verteidigte er Regimekritiker - und trug damit seinen Teil zur Demokratisierung Südkoreas bei.

Entspannung durch Dialog – eine runderneuerte Nordkoreapolitik

Erwartet wird, dass Südkoreas neuer Präsident den Dialog mit Nordkorea anstrebt, um so in den seit langem angespannten Beziehungen für Verbesserungen zu sorgen. In einem Interview am Tag nach seiner Amtseinführung sagte Präsident Moon, dass direkte Gespräche mit Nordkorea - die „richtigen“ Umstände vorausgesetzt - stattfinden könnten. Zurzeit schränken jedoch fortgesetzte Raketentests und das laufende Atomprogramm des Nordens seinen Handlungsspielraum ein. So testete Nordkorea am 14. Mai eine weitere Rakete; möglicherweise auch, um Präsident Moon „einem Test zu unterziehen“ und die eigene Verhandlungsposition vor etwaigen Gesprächen zu verbessern. Am 21. Mai folgte im Rahmen eines neuerlichen Raketenstarts mutmaßlich der Test der Steuerung eines Atomsprengekopfes - nach nordkoreanischen Angaben erfolgreich und nunmehr „für den Einsatz freigegeben“.

Hinzu kommt, dass die innerkoreanischen Beziehungen immer mehr in Abhängigkeit zu den Interessen und Politiken der USA und Chinas geraten. Die neue Regierung in Seoul wird mutmaßlich versuchen, ihren Spielraum in diesem Sinne zu vergrößern und in Gesprächen mit den USA Veränderungen hinsichtlich der Regelungen für die Befehlsgewalt im Falle eines militärischen Konflikts zu erreichen beziehungsweise das Zusammenspiel neu auszutarieren. Eine in der Tendenz größere Unabhängigkeit von den USA könnte der neuen Regierung zudem mehr Spielräume in der Außenpolitik gegenüber China und Nordkorea eröffnen. Im Wahlkampf betonte Moon mehrmals, dass er ein sicheres und starkes Land aufbauen wolle, das fähig ist, sich selbst zu verteidigen, den Atomstreit mit Nordkorea zu beenden und die nationalen Interessen durch einen konstruktiven Dialog durchzusetzen. Das sei die Sicherheitspolitik der neuen Regierung.

Für den Dialog mit Nordkorea möchte Moon ausdrücklich auch das Feld der Sportpolitik und Sportdiplomatie nutzen. Sportpolitik eignet sich auf Grund des wenig brisanten und politisierten Charakters als Mittel, um Annäherung vorsichtig anzustreben. So könnten die Olympischen Winterspiele 2018 in Pyeongchang dafür Plattform sein. Auch politische Stiftungen könnten in diesem Bereich hilfreich zur Seite stehen.

Neue Chancen, neue Hindernisse: Die Beziehungen zu Nachbarn und Verbündeten

Die USA werden auch künftig der engste Verbündete Südkoreas bleiben. Dennoch gibt es Konfliktpotenzial; erstens in der Frage, wie es mit dem von den USA in Korea stationierten Raketenabwehr-System THAAD (Terminal High Altitude Area Defense), welches dem Schutz vor nordkoreanischen Raketenangriffen dienen soll, weitergeht und zweitens in der Nordkorea-Politik Moons. Moon steht THAAD kritisch gegenüber. Nachdem US-Präsident Trump kürzlich forderte, dass Korea die THAAD-Stationierung mit einem höheren Beitrag als ursprünglich vereinbart finanzieren sollte, verstärkte sich diese Kritik noch. Die Vereinbarung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOREA

STEFAN SAMSE

HYEKYUNG LEE

Mai 2017

www.kas.de/korea

sah vor, dass Südkorea das Gelände und die Infrastruktur für das Raketenabwehrsystem zur Verfügung stellt und die USA für Stationierung und Betrieb aufkommen. Das Thema hat ganz entscheidend auch den Präsidentenwahlkampf in Korea bestimmt. So blieb der frühere THAAD-Kritiker, der am Ende drittplatzierte Ahn Cheol-soo von der People' Party, in der Wahlkampfphase bei seiner Unterstützung für die THAAD-Stationierung. Dieses Hin-und-Her hat ihm zuerst seine Glaubwürdigkeit und dann Wählerzustimmung gekostet. Lag er zunächst in den Umfragen noch in Reichweite Moon Jae-ins, fiel Ahn dann deutlich zurück. Es ist durchaus denkbar, dass Moon in nächster Zeit eine Abstimmung über die Zukunft des THAAD-Systems im Parlament anberaumt. Unwahrscheinlich ist jedoch, dass die THAAD-Komponenten wieder vollständig abgezogen werden, da die Stationierung bereits de facto abgeschlossen ist.

Ein weiterer möglicher Konflikt mit den USA könnte sich aus der Nordkorea-Frage ergeben. Im Gegensatz zur US-Regierung, die derzeit auf stärkere Sanktionen und einen „harten“ Umgang mit Nordkorea pocht, wird Moon vorsichtig versuchen, in Dialog mit Nordkorea zu treten und wirtschaftlichen Austausch zu fördern. US-Präsident Donald Trump äußerte, er habe nichts dagegen, dass Südkoreas neuer Präsident Moon sich für einen Dialog mit Pjöngjang einsetze, doch müssten Gespräche unter den richtigen Bedingungen stattfinden.

Auf Grund der Stationierung von THAAD ist das Verhältnis zu China derzeit angespannt. Da China sich von THAAD bedroht fühlt, hat die Regierung in den letzten Monaten zum Boykott koreanischer Produkte und Reisen nach Korea aufgerufen. Dies trifft Korea hart, denn der Anteil Chinas am Außenhandel beträgt rund 25 Prozent. Weiterhin haben die Anti-China Sentiments in Korea, sowie die Anti-Korea Sentiments in China stark zugenommen. Moon wird daher versuchen müssen, die Beziehungen zu China wieder zu verbessern. Die kritische Haltung Moons gegenüber THAAD wird ihm dabei zu Gute kommen. In einem ersten Telefonat zwischen dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und dem neu gewählten Präsidenten Moon waren sich beide einig, dass ein denuklearisiertes Nordkorea ein gemeinsames Ziel sei.

Das aufgrund historischer und geopolitischer Konflikte angespannte Verhältnis zu Japan wird sich auch unter Moon kurz- bis mittelfristig nicht verbessern. Dies liegt insbesondere daran, dass Moon das Abkommen über die sog. Trostfrauen, das seine Vorgängerin Park mit Japan abgeschlossen hatte, politisch nicht stützt und nach- beziehungsweise neu verhandeln möchte. Auch die territorialen Streitigkeiten werden weiter schwelen. Es wäre einiges erreicht, wenn es Moon gelänge, eine pragmatische Arbeitsbeziehung zum westlichen Nachbarn aufzubauen.

Einen Tag nach seiner Vereidigung zum Präsidenten telefonierte Moon auch mit Kanzlerin Angela Merkel. In dem Gespräch soll es um den Ausbau der deutsch-koreanischen Beziehungen gegangen sein und um eine Zusammenarbeit bezüglich der Beendigung des nordkoreanischen Atomprogramms. Die guten und konfliktfreien Beziehungen Koreas zu Deutschland könnten an Bedeutung gewinnen, insbesondere wenn die koreanische Wirtschaft weiter nach Diversifizierung strebt, um der Abhängigkeit von China entgegenzuwirken. Spätestens zum G20-Gipfel im Juli wird Präsident Moon auch in Deutschland erwartet.

Wirtschafts- und Sozialpolitik im Wandel

Präsident Moon konnte vor allem bei den jüngeren Wählern, die maßgeblich an den Kerzenlicht-Demonstrationen gegen Präsidentin Park beteiligt waren, punkten. Auch sein erstes inhaltliches Statement nach der Wahl befasste sich mit seinem zentralen Thema, das besonders die jungen Menschen in Südkorea betrifft: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOREA

STEFAN SAMSE

HYEKYUNG LEE

Mai 2017

www.kas.de/korea

hat unter anderem vor, ein „Komitee für Schaffung von Arbeitsstellen“ ins Leben zu rufen. Südkoreas Jugendarbeitslosigkeit liegt laut offizieller „Statistics Korea“¹ bei etwas mehr als 11 Prozent, was die höchste Arbeitslosenquote seit dem Jahr 2000 darstellt. Anderen Berichten zufolge soll die tatsächliche Arbeitslosenquote sogar mehr als doppelt so hoch sein.

Im Wahlkampf kündigte Moon drei wirtschaftspolitische Maßnahmen an. Erstens will er während seiner fünfjährigen Amtszeit 810.000 neue Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor schaffen, indem – und das ist der zweite Punkt – die Arbeitszeit auf 52 Wochenstunden reduziert werden soll. Drittens sollen befristete Arbeitsverträge abgeschafft werden. In seinem Wahlprogramm hatte Moon ca. 10 Trillionen koreanische Won (ca. 8 Milliarden Euro) für die Schaffung neuer Arbeitsplätze kalkuliert. Kritiker meinen, dass für eine nachhaltige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein viel höheres Budget nötig wäre. Ungeachtet dessen habe Moon auch noch keinen konkreten Plan vorgelegt, wie diese Ausgaben gegenfinanziert werden könnten.

Der Beamtensektor, in dem Moon nun neue Stellen schaffen will, war lange Gegenstand der Kritik. Dazu muss die Bedeutung und die Popularität des Beamtenstatus in Korea verstanden werden. Spätestens seit den Wirtschaftskrisen in den 90er Jahren spielen die Beamtenprüfungen eine extrem wichtige Rolle für viele hochbegabte Studenten. Der Beamtenstatus ist für viele Universitätsabsolventen in Korea *das* anzustrebende Karriereziel, was maßgeblich an der beruflichen Sicherheit liegt und daran, dass kleine und mittelständische Betriebe nur eine geringe Attraktivität aufweisen. Das Problem liegt darin, dass die Vorbereitung auf die zentrale Beamtenprüfung sehr zeitaufwendig ist und die Chance, eine solche Stelle zu ergattern, sehr gering ist. Bei der letzten zentralen Beamtenprüfung im April 2017 bewarben sich allein für den einfachen Dienst über zweihunderttausend Menschen, von denen lediglich 4910 Personen den Aufnahmetest bestanden. Das entspricht einer Konkurrenzrate von ca. 1: 46.5², der höchsten Quote³ bislang in Korea. Viele Bewerber bereiten sich ein Jahr auf den Test vor und bei Nichtbestehen bewerben sie sich erneut. Das hat zur Folge, dass Lücken in der Erwerbsbiografie von drei bis fünf Jahren bei jungen Menschen nichts Außergewöhnliches sind. Am Ende stehen viele von ihnen ohne Job und Berufserfahrung da. Das ist sowohl ein gesellschaftliches Problem, führt aber auch zu hohen wirtschaftlichen Verlusten, da erwerbsfähige junge Menschen keiner Arbeit nachgehen. Die Pläne Moons, im öffentlichen Sektor neue Arbeitsplätze zu schaffen, treffen auf die Zustimmung der Bevölkerung, da vor allem kurzfristig Veränderungen sichtbar werden.

Insgesamt sieht Moon die Belebung der koreanischen Wirtschaft als seine größte Herausforderung. In den letzten Jahren mussten die jeweils zu Jahresbeginn prognostizierten Wachstumsraten regelmäßig nach unten korrigiert werden. Auch 2016 lag das Wirtschaftswachstum unter 3 Prozent, für koreanische Verhältnisse nicht befriedigend.

In keinem anderen Land Ostasiens ist die Schere zwischen Reich und Arm so groß. Die Gewinne der einflussreichen Familien-Konglomerate, sogenannte Chaebols wie Samsung oder Hyundai, steigen zwar, doch schaffen diese kaum neue Arbeitsplätze. Moon will die kleineren Unternehmen gegen den Einfluss und die Übermacht dieser Großkonzerne schützen, was schon viele Präsidenten vor ihm angekündigt hatten. Fraglich bleibt, wie entschlossen er gegen diese vorzugehen wagt, denn die teils fragwürdigen Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft sind trotz des Korruptionsskandals um Park sehr eng.

¹ Quelle: http://kostat.go.kr/portal/korea/kor_nw/2/3/1/index.board?bmode=read&aSeq=360547, (12. Mai 2017)

² Quelle: <http://www.lec.co.kr/news/articleView.html?idxno=44294>, (12. Mai 2017)

³ Quelle: http://imnews.imbc.com/replay/2017/nw1800/article/4265967_21388.html, (12. Mai 2017)

KOREA

STEFAN SAMSE

HYEKYUNG LEE

Mai 2017

www.kas.de/korea

Moon will die Gleichberechtigung fördern und hat angekündigt, das Problem der extrem hohen Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen in Korea anzugehen. Außerdem will er sich für eine stärkere Vertretung von Frauen in der Politik einsetzen, denn derzeit sind nur 17 Prozent der Abgeordneten weiblich. Seine familienpolitischen Maßnahmen ranken sich rund um das Ziel, die niedrige Geburtenrate (momentan bei 1,25 Kinder pro Frau) zu steigern. Des Weiteren kündigte Moon mehr Unterstützung für Kinder und Jugendliche an. Er plant eine Bildungsreform, laut der das öffentliche und kostenfreie Schulsystem ausgebaut werden soll.

Es ist wahrscheinlich, dass Moon – vielleicht sogar noch in diesem Jahr – die Bevölkerung zu einer Abstimmung über eine Verfassungsreform aufrufen wird. Dabei wird es vor allem um die Amtszeit des Präsidenten gehen. Diese soll von einer einmaligen fünfjährigen Amtszeit zu einer vierjährigen Amtszeit mit der Möglichkeit zur Wiederwahl – also ähnlich dem US-Amerikanischen System- verändert werden. Damit wäre es möglich, dass ein Präsident langfristiger und nachhaltiger arbeiten kann. Solch eine Verfassungsreform findet die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung.

Aus deutscher Sicht scheint verwunderlich, warum Themen wie Umweltpolitik eine eher geringe Rolle im Wahlkampf gespielt haben. Angesichts der Tatsache, dass der Grenzwert für Feinstaub, bei dem in Deutschland flächendeckend Fahrverbote gelten, nicht selten um das Fünffache in Seoul überstiegen wird, hat dieses Problem in der Politik keine hohe Priorität.

Erste Personalentscheidungen als inhaltliche Weichenstellung

Mit dem Aufstellen seiner politischen Mannschaft kann Moon zu Beginn seiner Amtszeit Akzente setzen. So wählte er den linksliberalen Gouverneur der Süd-Jeolla Provinz Lee Nak-yon zum Premierminister. Lee hat enge Verbindungen zu zwei ehemaligen liberalen Präsidenten. Seine ausgeprägten Kommunikationsfähigkeiten könnten ihm helfen, für den Präsidenten lagerübergreifend zu wirken. Außerdem hat er einen starken Rückhalt im Südwesten des Landes, während Moon selbst aus dem Südosten kommt. Angesichts einer nach wie vor starken regionalen Spaltung des Landes hinsichtlich politischer Einstellungen könnte eine breite Aufstellung und Verankerung des Moon-Umfeldes in den Provinzen von Vorteil sein.

Zum Stabschef ernannte Moon den ehemaligen Aktivist Im Jong-seok, der ähnlich wie Moon selbst die pro-demokratischen Studentenproteste in den 80er Jahren organisiert hatte und dafür über drei Jahre im Gefängnis gesessen hatte. Im Jahr 2000 wurde er im Alter von 34 Jahren als jüngster Abgeordneter in der Geschichte Koreas in das Parlament gewählt.

Moons designierter Geheimdienstchef Suh Hoon ist ein ausgewiesener Nordkorea-Experte. In der Vergangenheit organisierte er in seiner Position beim Geheimdienst die zwei interkoreanischen Gipfeltreffen in den Jahren 2000 und 2007 mit. Diese Personalentscheidung zeigt ebenfalls, dass Moon die Verbindungen in den Norden der koreanischen Halbinsel nun aktiver angehen möchte.

Am 11. Mai, zwei Tag nach seiner Wahl, einen Tag nach seiner Amtseinführung, hat Moon das Präsidialamt umorganisiert. Das Amt umfasst das präsidiale Sekretariat mit den Spiegelreferaten und die Geheimdienstspitze des NIS (National Intelligence Service). Das präsidiale Sekretariat wurde organisatorisch der neuen politischen Agenda angepasst. Dem Stabschef unterstehen die fünf Chefsekretäre für politische Angelegenheiten, Bürgerangelegenheiten, soziale Innovation, Öffentlichkeitsarbeit und Personalverwaltung. Dem Politik-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOREA

STEFAN SAMSE

HYEKYUNG LEE

Mai 2017

www.kas.de/korea

Chefsekretär werden die zwei Chefsekretäre für Arbeitsplätze, Wirtschaft und Soziales sowie zwei Berater für Wirtschaft und Technologie unterstellt. Die Aufstellung an der Spitze der Präsidialadministration besteht aus zwei Stabschefs (Ministern), 10 Chefsekretären (Vizeministern), 41 Stabssekretären und insgesamt 443 Mitarbeitern.

Dem Geheimdienst werden die zwei Vizechefs des Büros, acht Chefsekretäre und insgesamt 43 Mitarbeiter unterstellt. Der Geheimdienst dient dem Staatsoberhaupt vor allem als wichtiges Kontroll- und Steuerungsinstrument für die Außenpolitik, die Wiedervereinigungspolitik, die Sicherheitspolitik und ist zugleich das für nationale Notfälle zuständige Management-System.

Die Bedeutung und Rolle der politischen Parteien bei der Präsidentenwahl in Korea

Welche Bedeutung haben die politischen Parteien in Südkorea und welche Rolle spielen sie? Was ist konservativ, was ist liberal, was ist mitte-konservativ? Ist die Freiheitspartei Koreas (Koreanisch: Jayu hanguk-dang) eine konservative Partei? Und ist die Demokratische Partei (Koreanisch: Deoburo minjoo-dang) eine liberale Partei? Worin bestehen die Unterschiede zwischen konservativen und liberalen Parteien in Korea tatsächlich? Die Antwort ist hier klar: Die vermeintlich überholten und dennoch viel gebrauchten politischen Begriffe „konservativ“ und „liberal“ beziehen sich auf die Frage nach den Ideologien bezüglich Nordkorea sowie hinsichtlich der Innenpolitik. Traditionell sind die Nordkorea-Kritiker auf die eigene nationale Sicherheit fokussiert und eher konservativ (Freiheitspartei Koreas) und die mit Blick auf Nordkorea jedenfalls auch dialogbereiten Kräfte (Demokratische Partei) eher liberal.

Ein Phänomen in Korea ist die Unbeständigkeit der politischen Parteien. Die Bedeutung der Parteien ist ohnehin eher gering; vielmehr bestimmen einflussreiche Politiker die politische Landschaft. Parteien wurden aufgelöst, umbenannt oder neu gegründet. Man bräuchte eine Extra-Liste allein für die Änderungen. Zum Beispiel hat sich die zu dem Zeitpunkt regierende Saenuri-Partei vor den Präsidentschaftswahlen Ende Dezember 2016 zunächst gespalten und dann ihren Namen einige Wochen später in Freiheitspartei Koreas geändert. Der vorherige Name der Partei war „Grand National Party“. Im Dezember 2011 wurde die ehemalige Präsidentin Park Geun-Hye zur Vorsitzenden der Grand National Party gewählt, die sich im Februar 2012 erneut in Saenuri-Partei umbenannte. Im Zuge des Skandals um Park wurde also der Name der Partei geändert; die eigentlichen Probleme hingegen blieben. Im Vordergrund steht in Korea vielmehr das Image der Partei, das durch eine Namensänderung vor Schaden bewahrt werden soll. Natürlich betrifft dies nicht nur die konservative, sondern auch die liberale Partei. Dadurch entstehen neue Parteien, die jedoch aus den altbekannten Parteien und Personen bestehen. Es gibt keine Partei, die schon lange unter ein und demselben Namen in Korea existiert, wie es z.B. in Deutschland der Fall ist. Parteiphilosophie und Sinn der politischen Parteien verlieren dadurch ihre Bedeutung. So hat vor allem die konservative Partei seit neun Jahren keine fundamentalen Veränderungen gezeigt, so dass sie jetzt die Unterstützung in weiten Teilen der Bevölkerung verloren hat. Dies ist einer der Gründe, warum es bei dieser Wahl zu einem Regierungswechsel gekommen ist. Im Jahr 2018 finden Regionalwahlen in Korea statt. Wahrscheinlich werden sich auch bis dahin wieder einige Parteinamen auf dem Stimmzettel geändert haben.

Wie es mit den politischen Parteien weitergeht

Während Präsident Moons Amtszeit sind also einige Veränderungen in der Parteienlandschaft zu erwarten. Dies zeigt sich bereits bei der People's Party, die sich Anfang 2016 von

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KOREA

STEFAN SAMSE

HYEKYUNG LEE

Mai 2017

www.kas.de/korea

der Demokratischen Partei Moons abgespalten hatte. Deren Vorsitzender ist nach der Wahlniederlage zurückgetreten. Derzeit ist nicht abzusehen, ob sich die Partei wieder der Demokratischen Partei anschließt oder ob sie eigenständig bleiben wird. Was die konservativen Parteien betrifft, so ist es wahrscheinlich, dass es irgendwann wieder zu einem Zusammenschluss der durch die Park-Affäre entstandenen beiden konservativen Parteien kommt. Die Freiheitspartei Koreas, die mit ihrem Kandidaten Hong die zweitstärkste Kraft bei den Wahlen wurde, wird sich erst einmal damit befassen müssen, das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen. Die Zukunft der gemäßigt-konservativen Bareun-Partei ist noch ungewiss. Derzeit möchte sie sich nicht der Freiheitspartei Koreas anschließen, bei ausbleibendem Erfolg könnte dies jedoch mittelfristig der Fall sein. Die progressive Gerechtigkeitspartei wird weiter bestehen bleiben und wohl eng mit Moon zusammenarbeiten.

Welchen Weg also wird Korea unter Moon Jae-in einschlagen?

Wenn seine Politiken Erfolg haben, könnte es zu einer Verringerung der Spaltung in der Gesellschaft kommen. Anzeichen für die Bereitschaft, ein breites Bündnis schmieden und parteiübergreifend zusammenarbeiten zu wollen, gibt es.

Wird Moon Jae-in ein volksnaher Präsident? Mehr als zwei Drittel der Koreanerinnen und Koreaner erwarten, dass er gute Arbeit leisten wird. Wenn es ihm gelingt, seine Versprechen und Vorhaben umzusetzen, könnte er das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik insgesamt verbessern und damit die immer noch junge koreanische Demokratie weiter stärken. Insbesondere seine „Gwanghwamun-Präsident“-Strategie mit einem Staatsoberhaupt, das nah beim Volk ist und den Dialog sucht, könnte sich als erfolgreich erweisen.

Die angekündigte Stärkung klein- und mittelständischer Unternehmen ist eine der größten Herausforderungen. Denn die Macht der Großkonzerne ist so gefestigt, dass ein langfristiger Reformprozess und ein langer Atem notwendig sein werden.

Die außenpolitische Lage dürfte mindestens auf mittlere Sicht schwierig bleiben; das Verhältnis zu den USA wird vielschichtiger, und das zu Japan – jedenfalls für den öffentlich sichtbaren Teil – konfliktreich bleiben. Die Beziehungen zu China haben zumindest die Chance auf punktuelle Verbesserungen. Gleiches gilt – bei aller Vorsicht – für die innerkoreanischen Beziehungen.



Quelle: KAS Korea / Wahlplakate im Zentrum von Seoul

Ebenfalls zum Thema: „In den entscheidenden Punkten sind sich Peking, Seoul und Washington so nah wie lange nicht mehr“ (15. Mai 2017)

<http://www.kas.de/wf/de/71.16348/>